



Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

wir Grüne stellen uns immer die Frage, ob die von uns unterstützten Anträge und Vorschläge der Verwaltung denn auch gerecht sind. Sozial - aber auch ökologisch gerecht.

So wollte die Verwaltung kein Geld mehr für den Abenteuerspielplatz bereitstellen. Aber das wurde nicht offen kommuniziert, sondern wir mussten im vorgeschlagenen Haushalt erst einmal zufällig darauf stoßen.

Liebe Verwaltung: Eine solche Institution einfach hintenüberfallen lassen - das geht gar nicht! Weshalb sich die Kollegen der Christdemokraten zunächst aber hinter diese Streichung gestellt haben, wurde uns gerade erklärt.

Sehr geehrte Frau Schlottmann: Wir sprechen hier nicht von Schulden, wir sprechen von dringenden Investitionen in unsere Kinder und Jugend, die diesen Abenteuerspielplatz - auch mit pädagogischem Konzept - unbedingt brauchen. Unser vehementer Einsatz zum Erhalt des Abenteuerspielplatzes zeigte Erfolg. Nun ist es an der Verwaltung ein Konzept zu entwickeln, wie es weiter geht. Bitte zeigen Sie uns, dass wir hier nicht den Bock zum Gärtner gemacht haben.

Wenn wir eine familienfreundliche Stadt sein möchten, und als Gesellschaft nicht in alte Rollenbilder verfallen wollen, ist es gerade für Frauen existentiell wichtig, Ihre Kinder auch nachmittags betreut zu wissen, um ihre Berufe – genauso, wie Väter es tun - in Vollzeit ausüben zu können.

Durch unseren Antrag werden 2 neue OGS-Gruppen eingerichtet. Eine sehr konkrete Verbesserung für Hildener Familien!

Für Maßnahmen zum Hitzeschutz wollten wir Gelder zur Verfügung stellen. Leider fand dies keine Unterstützung bei den anderen Fraktionen. Auch das Ablehnen einer Klimamesse, die wir gemeinsam mit der SPD beantragt haben, sowie die von der CDU beantragte Kürzung des Klimabudgets um 35.000 Euro, zeigt dass es der Mehrheit in diesem Rat nicht wichtig genug ist auf den Klimawandel zu reagieren oder Bürgerinnen und Bürger bei diesem Thema mitzunehmen.

Wir müssen aber auch über die wirtschaftliche Gerechtigkeit sprechen!

Wollen wir unsere Bürgerinnen und Bürger tatsächlich einseitig belasten?

Den Verwaltungsvorschlag, die Grundsteuer B von 480 auf 630 Prozentpunkte zu erhöhen haben wir von vornherein abgelehnt. Die nun eingerechneten 580 Prozentpunkte sind ein Kompromiss, den wir zähneknirschend hinnehmen, da wir damit noch knapp unter dem NRW-Mittel liegen.

Aber was ist mit der Gewerbesteuer?

Sie ist seit 2005 nicht mehr erhöht worden.

Über 90 % aller Kommunen in NRW verlangen höhere Gewerbesteuern!

Wir schlugen daher vor, die Gewerbesteuer maßvoll von 400 auf 416 Prozentpunkte zu erhöhen. Das wären noch nicht einmal 4% mehr.

Bei dieser Anpassung hätte die Stadt etwa 2,3 Mio. Euro mehr einnehmen können. Pro Jahr!

Allein davon könnte man alle 2-3 Jahre eine neue KiTa bauen - oder Straßen, die auch von den Gewerbetreibenden genutzt werden, die unsere gute Infrastruktur und Anbindung an die umliegenden Großstädte so schätzen, könnten saniert werden.

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, ich komme zum Schluss.

Wir GRÜNE sind erleichtert, dass das Streichkonzert im Bereich Kinder- und Jugend, sowie beim ehrenamtlichen Engagement mit unserer Hilfe abgewendet wurde.

Da durch unsere Anträge der Abenteuerspielplatz vorerst gerettet ist, und zwei neue OGS-Gruppen für die Nachmittagsbetreuung entstehen, werden wir dem Haushalt zustimmen.

Für die Zukunft wünschen wir uns aber von Ihnen liebe Kolleginnen und Kollegen und von Ihnen, liebe Verwaltung, mehr soziale und ökologische Gerechtigkeit im nächsten Haushalt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Helen Kehmeier, Fraktionsvorsitzende

Es gilt das gesprochene Wort.